Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 18 / 25 982
Schriftliche Anfrage

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Frank-Christian Hansel (AfD)

vom 21. Dezember 2020 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 22. Dezember 2020)

zum Thema:
Statische Entladungen und Elektroschocks am BER

und **Antwort** vom 06. Januar 2021 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 08. Jan. 2021)

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.
Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

Senatsverwaltung für Finanzen

Herrn Abgeordneten Frank-Christian Hansel (AfD)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/25982
vom 21. Dezember 2020
über Statische Entladungen und Elektroschocks am BER

Der Senat ist sich des Stellenwerts des Fragerechts der Abgeordneten bewusst und die Beantwortung Schriftlicher Anfragen der Mitglieder des Abgeordnetenhauses nach Artikel 45 Absatz 1 der Verfassung von Berlin hat eine sehr hohe Priorität. Gegenwärtig konzentriert der Senat seine Arbeit und seinen Ressourceneinsatz aber auf die Bekämpfung der infektionsschutzrechtlichen Gefährdungslage für die Berliner Bevölkerung. Vor diesem Hintergrund beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage im Namen des Senats von Berlin wie folgt:

Vorbemerkung des Abgeordneten: Laut unterschiedlichen Presseberichten und Zeugenaussagen von Passagieren, die bei der Sicherheitsschranke nach check-in im Stau standen, kam es zu diversen Vorfällen von Elektroschocks.

1. Wann traten diese Fälle das erste Mal auf.

2. Wie viele konkrete Fälle hat es gegeben?

3. Wie wurden die entsprechend Betroffenen behandelt?

4. Was wurde wann veranlasst, um die Probleme abzustellen?

5. Wann kann die FBB Entwarnung geben?

Zu 1. bis 5.:

Für die Durchführung der Sicherheitskontrollen am Flughafen Berlin Brandenburg „Willy Brandt“ (BER) ist die Bundespolizei zuständig. Der Senat verfügt über keine eigenen Erkenntnisse zu den in den Fragen genannten Sachverhalten.

Berlin, den 06.01.2021

In Vertretung

Vera Junker
Senatsverwaltung für Finanzen